

Lasse Petersen

Die Bemessung immaterieller Schäden bei Persönlichkeitsverletzungen in Deutschland, England und den USA



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Materialienverzeichnis	XXXVII
Entscheidungsregister	XXXIX
Einleitung	1
I. Untersuchungsgegenstand	1
II. Methode des Rechtsvergleichs	5
III. Gang der Untersuchung	6
1. Kapitel: Grundlagen des immateriellen Schadensersatzes bei Persönlichkeitsverletzungen	7
A. Deutschland	7
B. England	14
C. USA	20
D. Zwischenergebnis	28
2. Kapitel: Begriff des immateriellen Schadens bei Persönlichkeitsverletzungen	31
A. Problemstellung	31
B. Abgrenzung zum Vermögensschaden	32
C. Positive Bestimmung des immateriellen Schadens	53
D. Rechtsvergleich	63

- 3. Kapitel: Funktionen der Entschädigung** 67
 - A. Einführung 67
 - B. Ausgleich 67
 - C. Genugtuung 69
 - D. Prävention, Abschreckung und Strafe 76
 - E. Gewinnabschöpfung 91
 - F. Symbolischer Schadensersatz 98
 - G. Rechtsvergleich 100

- 4. Kapitel: Prozessuale Einflussfaktoren** 105
 - A. Klageantrag 105
 - B. Nachweis immaterieller Schäden 111
 - C. Spruchkörper und gerichtliche Kontrolle 117
 - D. Rechtsvergleich 131

- 5. Kapitel: Bemessungsfaktoren** 135
 - A. Verletzungsabhängige Faktoren 135
 - B. Schädigerabhängige Bemessungsfaktoren 155
 - C. Geschädigtenabhängige Faktoren 175

- 6. Kapitel: Entschädigungsniveau** 197
 - A. Verhältnismäßigkeitserwägungen 197
 - B. Höhe der Entschädigungen 216
 - C. Rechtsvergleich 234

- 7. Kapitel: Zusammenfassende Schlussfolgerungen** 239

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Materialienverzeichnis	XXXVII
Entscheidungsregister	XXXIX
Einleitung	1
I. Untersuchungsgegenstand	1
II. Methode des Rechtsvergleichs	5
III. Gang der Untersuchung	6
1. Kapitel: Grundlagen des immateriellen Schadensersatzes bei Persönlichkeitsverletzungen	7
A. Deutschland	7
I. Schutzgegenstand	7
1. Allgemeines Persönlichkeitsrecht und besondere Ausprägungen	7
2. Schutz ideeller und kommerzieller Interessen	9
3. Persönlichkeitsschutz durch die EMRK	10
II. Schadensersatz	11
1. Ersatz immaterieller Schäden durch den Anspruch auf Geldentschädigung	11
2. Ersatz des Vermögensschadens, Bereicherungsausgleich und Gewinnherausgabe	13
B. England	14
I. Schutzgegenstände	14
1. Ehrschutz	14

Inhaltsverzeichnis

- 2. Human Rights Act und die Entwicklung des Privatsphärenschutzes 15
- 3. Kommerzieller Persönlichkeitsschutz 17
- 4. Wettbewerbsrechtlicher Schutz bei Verletzung des „goodwill“ ... 18
- II. Schadensersatz 18
- C. USA 20
 - I. Einführung in das US-amerikanische Recht zum Persönlichkeitsschutz 20
 - II. Schutzgegenstände 21
 - 1. Ehrschutz 21
 - 2. Schutz der Privatsphäre 22
 - a) Intrusion privacy 23
 - b) False light privacy 23
 - c) Disclosure privacy 24
 - d) Appropriation privacy und das right of publicity 24
 - 3. Infliction of Mental/Emotional Distress 25
 - III. Schadensersatz 26
 - IV. Zuständigkeit der Bundes- und Staatsgerichte 27
- D. Zwischenergebnis 28
- 2. Kapitel: Begriff des immateriellen Schadens bei Persönlichkeitsverletzungen 31**
 - A. Problemstellung 31
 - B. Abgrenzung zum Vermögensschaden 32
 - I. Deutschland 32
 - 1. Verhältnis materieller und immaterieller Beeinträchtigungen in der Rechtsprechung 33
 - a) Vermögens- und Nichtvermögensschaden im Werbekontext 33
 - b) Explizite Anerkennung der vermögenswerten Bestandteile der Persönlichkeit 35
 - c) Unabhängigkeit des Vermögensschadens von der Verwertungsbereitschaft 35
 - d) Lizenzschaden auch bei unzulässiger publizistischer Nutzung? 36
 - e) Kumulation von Vermögens- und Nichtvermögensschäden .. 39
 - 2. Ansätze in der Literatur 41
 - 3. Stellungnahme 44

II. England	46
1. Grundsätze	46
2. Kein umfassender Schutz vor Vermögensschäden durch unerlaubte Verwendung von Persönlichkeitsmerkmalen	47
3. Eingeschränkter Schutz materieller Interessen bei Verwertungsbereitschaft	47
III. USA	48
1. Abgrenzung materieller und immaterieller Schäden im US-amerikanischen Persönlichkeitsschutz	49
2. Ausgleich immaterieller Nachteile durch das right of privacy	49
3. Entwicklung des Ersatzes von Vermögensschäden durch das right of publicity	50
4. Bundesstaatliche Regelungen	50
5. Kumulation von Vermögens- und Nichtvermögensschäden	51
C. Positive Bestimmung des immateriellen Schadens	53
I. Deutschland	53
1. Subjektiver und objektiver Schadensbegriff	53
2. Gemischt subjektiv-objektiver Ansatz der Rechtsprechung	55
II. England	57
1. Gegenstand des immateriellen Schadens bei defamation	58
2. Gegenstand des immateriellen Schadens bei breach of confidence	59
III. USA	60
1. Gegenstand des immateriellen Schadens bei defamation	61
2. Gegenstand des immateriellen Schadens bei invasion of privacy ..	62
D. Rechtsvergleich	63
3. Kapitel: Funktionen der Entschädigung	67
A. Einführung	67
B. Ausgleich	67
I. Deutschland	67
II. England	68
III. USA	69

Inhaltsverzeichnis

- C. Genugtuung 69
 - I. Deutschland 69
 - 1. Genugtuungsfunktion in der Rechtsprechung des BGH 69
 - 2. Begriff der Genugtuung 71
 - II. England 72
 - 1. Aggravated damages 72
 - 2. Vindictory damages 73
 - III. USA 76
- D. Prävention, Abschreckung und Strafe 76
 - I. Vorbemerkung 76
 - II. Deutschland 77
 - 1. Prävention als Funktion des Geldentschädigungsanspruchs 77
 - 2. Verhältnis der Präventionsfunktion zu Abschreckung und Strafe 80
 - 3. Bedürfnis der Präventionsfunktion bei Anerkennung vermögenswerter Persönlichkeitsbestandteile 82
 - III. England 84
 - 1. Strafe und Abschreckung durch exemplary damages 84
 - 2. Verhältnis zu aggravated und restitutionary damages 85
 - 3. Kritik an exemplary damages 87
 - 4. Exemplary damages bei misuse of private information 87
 - 5. Abschreckungsfunktion der compensatory damages? 88
 - IV. USA 89
- E. Gewinnabschöpfung 91
 - I. Deutschland 91
 - 1. Gewinnerzielung als Bemessungsfaktor bei der Geldentschädigung 91
 - 2. Gewinnabschöpfung über GoA und Bereicherungsrecht 92
 - 3. Gewinnabschöpfung als Präventionsinstrument 94
 - 4. Probleme der Gewinnabschöpfung 95
 - II. England 95
 - 1. Allgemeines 95
 - 2. Restitutionary damages bei defamation? 96
 - 3. Account of profits bei breach of privacy? 97
 - III. USA 97

Einleitung

I. Untersuchungsgegenstand

Die Diskussion über die Bemessung des immateriellen Schadensersatzes bei Persönlichkeitsverletzungen reicht weit zurück, doch wurde sie im Laufe der Zeit immer wieder neu entfacht. Vor 45 Jahren war das BVerfG in seinem *Soraya*-Beschluss, der die Veröffentlichung eines in Wahrheit nie stattgefundenen „Exklusiv-Interviews“ der geschiedenen Gemahlin des Schahs von Persien zum Gegenstand hatte, der Überzeugung, dass die bis dahin zuerkannten Schadensersatzsummen für Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts einen angemessenen Rahmen nicht überschritten hätten.¹ Der Axel Springer Verlag war zuvor zu einer Entschädigungsleistung in Höhe von DM 15.000 verurteilt worden. Dazu, ab welcher Entschädigungshöhe dies zu befürchten wäre, machte das Gericht freilich keine Angaben. In Anbetracht der jüngeren Rechtsprechung und der erstmaligen Zuerkennung einer Geldentschädigung in Höhe von einer Million Euro stellt sich jedoch die Frage, ob sich die Schadensersatzbeträge in Deutschland noch immer in angemessenen Grenzen bewegen.

Insbesondere die Frage nach Funktion und Höhe der Geldentschädigung ist in Deutschland auch viele Jahre nach dem berühmten Herrenreiter, Soraya und Prinzessin Caroline nicht abgeklungen; vielmehr scheint es so, dass heute mehr als damals eine große Anzahl divergierender und miteinander konkurrierender Lösungsvorschläge zu dieser Thematik existiert. Ausgangspunkt des Problemkomplexes ist das primär soziale Phänomen, dass Persönlichkeitsaspekte sowohl von Prominenten als auch von Normalbürgern einer fortwährenden Beeinträchtigung unterliegen – insbesondere durch die Medien. Hieraus ergibt sich auf rechtlicher Ebene zunächst die Frage der Rechtswidrigkeit einer solchen Beeinträchtigung und im zweiten Schritt die Frage nach einer angemessenen Kompensation der Rechtsverletzung.

Doch nicht nur in Deutschland stellt der Ersatz immaterieller Schäden infolge von Persönlichkeitsverletzungen die Rechtsprechung vor eine besondere Herausforderung. Im englischen Recht² haben in den vergangenen Jahren im Hinblick auf den Erlass des Defamation Act 2013³ sowie insbesondere auf die Zuerkennung von Schadensersatz bei Privatsphärenverletzungen Entwicklungen stattgefunden, die es im Einzelnen darzustellen lohnt. Denn im Gegensatz zur langen Tradition des Ehrverletzungstatbestandes, dessen Prägung durch das *common law* infolge der neuen Gesetzgebung nun teilweise

1 BVerfGE 34, 269, 285 f.

2 Hierunter ist im Folgenden das in England und Wales geltende Recht zu verstehen.

3 2013 Chapter 26 („An Act to amend the law of defamation“).

Einleitung

modifiziert wird, stellt der Ersatz immaterieller Schäden für Verletzungen der Privatsphäre eine recht junge Entwicklung im englischen Recht dar. Während dieser Schritt in Richtung eines englischen *right of privacy* zu Anfang des neuen Jahrtausends zwar als ein wichtiger für den Schutz der Persönlichkeit vor ungewollter Presseberichterstattung angesehen wurde, so fielen die in diesem Rahmen zuerkannten Entschädigungssummen zunächst vergleichsweise gering aus. Aufsehen erregte hingegen die im Jahr 2008 dem Ex-Motorsport-Funktionär Max Mosley zuerkannte Ersatzsumme in Höhe von £ 60.000, nachdem die inzwischen eingestellte Boulevardzeitung News of the World einschlägiges Video- und Bildmaterial veröffentlicht hatte, welches den Kläger als Teilnehmer einer angeblichen „Nazi-Sex-Party“ zeigte.⁴ Übertroffen wurde diese Summe in der jüngeren Vergangenheit im sog. „Phone-Hacking“-Fall, in dem den acht betroffenen Prominenten, deren Mobiltelefone teilweise über Jahre hinweg abgehört worden waren und die auf der Grundlage dessen Opfer rechtswidriger Berichterstattung geworden waren, vom High Court of Justice Entschädigungssummen zwischen £ 72.500 und £ 260.250 zuerkannt wurden.⁵

In Deutschland hatte hingegen wieder eine Prinzessin für Schlagzeilen gesorgt – zunächst auf den Titelblättern zweier Zeitschriften, dann in der medienrechtlichen Literatur. Nur ging es diesmal nicht um „Caroline“, sondern um die Prinzessin von Schweden: Für die Veröffentlichung von 86 Berichten über Prinzessin Madeleine erhielt diese nach dem Urteil des OLG Hamburg aus dem Jahr 2009 eine Geldentschädigung in der bis dato geltenden Rekordhöhe von € 400.000 uerkannt,⁶ womit das Gericht die von der Vorinstanz zugesprochene Geldentschädigung um das Vierfache erhöhte.⁷ Wenige Jahre später kündigte Wetterexperte Jörg Kachelmann an, den Burda- und den Springer-Verlag wegen der Berichterstattung über den gegen ihn geführten Vergewaltigungsprozess auf insgesamt mehr als € 3.000.000 „Schmerzensgeld“ zu verklagen.⁸ Ende 2015 wurde ihm vom LG Köln in zwei Verfahren gegen Springer zunächst immaterieller Schadensersatz in Höhe von insgesamt € 635.000 (€ 335.000 und 300.000) zuerkannt.⁹ Vom OLG Köln wurden diese Beträge auf insgesamt € 395.000 (€ 180.000¹⁰ und

4 *Mosley v News Group Newspapers Ltd.* [2008] EWHC 1777 (QB).

5 *Gulati & ors v MGN Ltd.* [2015] EWHC 1482 (Ch).

6 OLG Hamburg, Urte. v. 30.7.2009, AfP 2009, 509.

7 Zum Vergleich: Prinzessin Caroline von Monaco war vor knapp 20 Jahren eine Entschädigung in Höhe von DM 180.000 zugesprochen worden, vgl. OLG Hamburg, Urte. v. 25.7.1996, NJW 1996, 2870.

8 Vgl. FAZ v. 25.06.2014, abrufbar unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/kachelmann-und-kein-ende-jetzt-will-er-millionen-an-schmerzensgeld-13010321.html>.

9 Die beiden Verfahren betrafen die Print- und die Online-Ausgabe der Zeitung. Vgl. Urte. v. 30.9.2015 – 28 O 7/14 (€ 335.000) und Urte. v. 30.9.2015 – 28 O 2/14 (€ 300.000).

10 OLG Köln, Urte. v. 12.7.2016 – 15 U 175/15.

€ 215.000¹¹) herabgesetzt. Jüngst sprach das LG Köln dem inzwischen verstorbenen Altbundeskanzler Helmut Kohl für die Veröffentlichung und teilweise Verfälschung von Zitaten in dem Buch „Vermächtnis – Die Kohl-Protokolle“ aus nicht freigegebenen Tonbandaufnahmen die bisherige Rekordsumme von € 1.000.000 zu.¹² Herrschen mit einem Ersatzbetrag von einer Million Euro nun endgültig „US-amerikanische Verhältnisse“ in der deutschen Rechtsprechung zum Persönlichkeitsschutz?

Zweifel hieran kommen auf, wenn man die Entschädigungssummen auf jede einzelne rechtswidrige Veröffentlichung herunterrechnet. Geht man zwecks einer vereinfachten Darstellung von einer gleichmäßigen Verteilung auf die einzelnen Verletzungshandlungen aus, bleiben hier im Fall von Caroline DM 60.000 bzw. DM 50.000 pro Veröffentlichung und knapp DM 17.000 für jeden persönlichkeitsverletzenden Beitrag über ihre Tochter Alexandra von Hannover. Im Fall Kohl sind es im Durchschnitt € 8.620 pro rechtswidriger Buchpassage und bei der Prinzessin von Schweden sind es gar weniger als € 5.000 für jede einzelne rechtswidrige Berichterstattung. Im Fall Kachelmann entfallen auf einzelne Rechtsverletzungen Entschädigungssummen zwischen € 10.000 und € 30.000. Sind die von den Gerichten zugesprochenen Summen unter Zugrundelegung eines Präventionsgedankens also immer noch zu niedrig?

Fest steht, dass die in Deutschland zuerkannten Summen noch immer stark mit denen in den USA kontrastieren. So wurden dem unter dem Namen „Hulk Hogan“ bekannten Ex-Wrestler Terrence Bollea in der jüngeren Vergangenheit von einer US-amerikanischen Jury für die Verletzung seines *right of privacy* immaterieller Schadensersatz in Höhe von \$ 60.000.000¹³ – zuzüglich Strafschadensersatz in Höhe von \$ 25.000.000¹⁴ – dafür zuerkannt, dass auf der Webseite gawker.com ein Video veröffentlicht worden war, das ihn beim Geschlechtsverkehr mit der Ehefrau eines ehemaligen Freundes zeigte. Freilich hatte das Unternehmen – unter Berufung auf die im First Amendment garantierte Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit – angekündigt, gegen das Urteil Berufung einzulegen, bevor es zwischen den Parteien in der Sache schließlich zu einem Vergleich in Höhe von \$ 31.000.000 kam.¹⁵

11 OLG Köln, Urt. v. 12.7.2016 – 15 U 176/15.

12 LG Köln, Urt. v. 27.4.2017 – 14 O 323/15, BeckRS 2017, 125934. Das OLG Köln hat derweil entschieden, dass der Entschädigungsanspruch durch den Tod des Betroffenen vor Rechtskraft der Entscheidung erloschen ist und die Erbin des Verstorbenen daher keine Geldentschädigung erhalten wird. Vgl. Urt. v. 29.05.2018 – 15 U 64/17.

13 *Bollea v. Gawker Media, LLC et al.*, No. 12012447CI-011, March 18, 2016, 2016 WL 1546988 (Fla.Cir.Ct.).

14 *Bollea v. Gawker Media, LLC et al.*, No. 12012447CI, March 21, 2016, 2016 WL 1138279 (Fla.Cir.Ct.).

15 <https://www.nytimes.com/2016/11/03/business/media/gawker-hulk-hogan-settlement.html>.

Einleitung

Bemerkenswert ist, dass dem prominenten Kläger über die Entschädigung für seine ideellen Schäden hinaus weitere \$ 55.000.000 für die werbliche Vereinnahmung seiner Person zuerkannt worden waren. Auch die Prinzessin von Schweden hatte neben ihrer immateriellen Beschwerde einen Anspruch auf Zahlung einer fiktiven Lizenz geltend gemacht, blieb damit hierzulande vor Gericht allerdings ohne Erfolg. Es wird daher auch im Rahmen dieser Arbeit notwendig sein, die Abgrenzung der kommerziellen von den ideellen Bestandteilen der Persönlichkeit zu untersuchen und das Verhältnis von materiellem und immateriellem Schadensersatz zueinander zu klären. Denn während die Frage einer kumulativen Ersatzfähigkeit in den USA überwiegend bejaht wird, hat sich in der Rechtsprechung in Deutschland – Stichwort „Zwangskommerzialisierung“ – bisher keine einheitliche Linie herausgebildet. Grund hierfür scheint nicht zuletzt die gesplante Zuständigkeit des I. und VI. Zivilsenats des BGH im Bereich des Persönlichkeitsrechts zu sein. Es gilt in diesem Zusammenhang insbesondere die Auswirkungen des BGH-Urteils in der Sache *Lafontaine*¹⁶ in den Blick zu nehmen.

Bereits die genannten Fälle zeigen, dass die Frage einer angemessenen Entschädigung für Beeinträchtigungen ideeller Persönlichkeitsrechte auch heute von größter Aktualität ist. Zu einem der zentralen Problembereiche dieser Tage gehört wohl in allen drei zu untersuchenden Rechtsordnungen die Anpassung der Rechtsfolgen von Persönlichkeitsverletzungen an die Bedürfnisse des „Cyber-Zeitalters“¹⁷, denn Verletzungshandlungen finden immer häufiger durch Internetveröffentlichungen statt. Ein großes Medienecho hat dabei insbesondere die Veröffentlichung von Nackt-Selfies von Prominenten erzeugt. Doch sind nicht nur Berühmtheiten von Verletzungshandlungen betroffen, die durch das Medium Internet stattfinden. Insbesondere in sozialen Netzwerken und Filesharing-Communities sind auch Normalbürger die Opfer von ehrverletzenden Äußerungen sowie der Veröffentlichung privater und intimer Fotos und Videoaufnahmen. So wie bereits vor gut einem halben Jahrhundert „tiefgreifende technische und soziale Entwicklungen“ – insbesondere die Etablierung von Massenmedien – in Deutschland die Anerkennung des Ersatzes immaterieller Schäden infolge von Persönlichkeitsrechtsverletzungen beeinflusst haben,¹⁸ haben also auch heute solche Entwicklungen und die damit einhergehenden neuen Möglichkeiten der Verletzungen des Persönlichkeitsrechts maßgeblichen Einfluss auf den Umfang des Geldentschädigungsanspruchs. Grundlegende Fragen in diesem Zusammenhang waren in der jüngeren Vergangenheit Gegenstand eines Urteils des VI. Zivilsenats des BGH.¹⁹

16 BGHZ 169, 340 = GRUR 2007, 139 – *Rücktritt des Finanzministers*.

17 Vgl. *Ebert*, AcP 213, 299, 304.

18 BGHZ 39, 124, 131 = NJW 1963, 902, 903 – *Fernsehansagerin*.

19 Vgl. BGHZ 199, 237 = BGH NJW 2014, 2029 – *Sächsische Korruptionsaffäre*.

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist nach alledem die Bemessung immaterieller Schäden bei Persönlichkeitsverletzungen, d. h. die Frage, nach welchen rechtlichen Vorgaben und durch welche tatsächlichen Kriterien der immaterielle Schadensersatz der Höhe nach bemessen wird. Trotz der logischen Abhängigkeit des immateriellen Schadensersatzes als Rechtsfolge von der Verletzung eines die Persönlichkeit schützenden Tatbestandes wird auf eine umfassende Darstellung der – teilweise erheblichen – Unterschiede im Rahmen der Haftungsvoraussetzungen verzichtet, da dies den auf die Bemessung der Entschädigung zugeschnittenen Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Vielmehr soll auf die Voraussetzungen der jeweiligen Persönlichkeitsrechtsverletzung nur dort eingegangen werden, wo dies zur Klärung einer sich auf Rechtsfolgen-seite ergebenden Frage zielführend erscheint.

II. Methode des Rechtsvergleichs

Ziel der Arbeit soll es sein, einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Bemessung des immateriellen Schadensersatzes in Deutschland, England und den USA zu geben und die gefundenen Ergebnisse miteinander zu vergleichen. Dabei bietet sich gerade ein Rechtsvergleich mit den beiden großen Mediennationen in Zeiten, in denen grenzüberschreitende Veröffentlichungen die Regel sind, besonders an.²⁰ Hervorzuheben ist bereits an dieser Stelle, dass auch in den untersuchten Rechtsordnungen des *common law* – trotz überwiegend vergleichbarer dogmatischer Ausgangspunkte – teilweise erhebliche Unterschiede feststellbar sind.

Freilich soll der Vergleich mit dem angloamerikanischen Rechtskreis auch einen Rückschluss auf bestimmte Entwicklungsperspektiven für das deutsche Recht ermöglichen. So hat bereits in der Vergangenheit insbesondere das US-amerikanische Prinzip des *right of privacy* erheblichen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Persönlichkeitsschutzes genommen.²¹ Zudem soll untersucht werden, ob zumindest in einzelnen Punkten eine Annäherung der – dem Einfluss des EGMR ausgesetzten – Regelungen in den Rechtsordnungen Deutschlands und Englands festgestellt werden kann.

Hierbei soll entgegen der für die Rechtsvergleichung traditionellen Vorgehensweise²² auf die Erstellung von getrennten Länderberichten mit einem anschließenden rechtsvergleichenden Teil zugunsten einer nach konkreten Sachfragen geordneten Untersuchung verzichtet werden. Die Vorzüge einer solchen funktionalen Rechtsvergleichung

20 Vgl. aktuell etwa *Weller v Associated Newspapers Ltd.* [2014] EWHC 1163 (QB), in dem sich der Kläger erfolgreich gegen die Veröffentlichung von in Los Angeles aufgenommenen Fotos in England zur Wehr setzt hat, während die Veröffentlichung in den USA wohl nicht rechtswidrig gewesen wäre.

21 Götting, GRUR Int. 1995, 656, 656.

22 Vgl. Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung, S. 42 f.

bestehen vor allem darin, dass sie dem Leser einen punktuellen und praxisorientierten Vergleich der bestehenden Regelungen ermöglicht, ohne dass der Blick auf die Ausgangsfrage durch dogmatische Abweichungen in den einzelnen Rechtsordnungen versperrt wird.

III. Gang der Untersuchung

Um den immateriellen Schaden konkret bemessen zu können, muss zuallererst geklärt werden, welche Beeinträchtigungen von diesem Schaden erfasst werden und welche nicht. Erforderlich hierfür sind insbesondere eine Abgrenzung sowie die Klärung des Verhältnisses zum materiellen Schaden (2. Kapitel). In einem zweiten Schritt ist der Frage nachzugehen, welche Funktionen der Anspruch auf immateriellen Schadensersatz in Deutschland, England sowie in den USA erfüllt (3. Kapitel). Nachdem in der gebotenen Kürze auf die prozessualen Fragen eingegangen worden ist, die im Zusammenhang mit der Geltendmachung immateriellen Schadensersatzes auftreten können (4. Kapitel), sollen im Detail – und nach Schadens-, Schädiger- und Geschädigtenbezogenheit geordnet – die in der Rechtsprechung der einzelnen Rechtsordnungen bei der Entscheidung über die Höhe der Entschädigung herangezogenen Bemessungsfaktoren aufgezeigt werden (5. Kapitel). Am Ende der Bearbeitung werden schließlich die in Bezug auf die Ersatzhöhe angestellten Verhältnismäßigkeitsabwägungen thematisiert und das tatsächliche Entschädigungsniveau in den untersuchten Rechtsordnungen analysiert (6. Kapitel), bevor das Ergebnis der Untersuchung nochmals zusammenfassend gewürdigt wird (7. Kapitel).

Vorab sollen jedoch zunächst einige Grundsätze des deutschen, englischen und US-amerikanischen Schadensersatzrechts erläutert werden, welche für die Bemessung immaterieller Schäden bei Persönlichkeitsverletzungen von Bedeutung sind (1. Kapitel).